

### Bekanntmachung

Die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 27.06.2017 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 30.05.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1 Vorstellung der Demenzgruppe
  - 4.2 Vorstellung der Aktionswoche im September - Stralsund grenzenlos? Menschen in Aktion
  - 4.3 Bericht der Beauftragten für Migration und Integration
  - 4.4 Plastikmüll reduzieren - Hundekot besser entsorgen  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vorlage: AN 0045/2017
  - 4.5 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund  
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0066/2016
  - 4.6 Teilnahme an der Rollstuhl Ralley 2017
- 5 Verschiedenes

##### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
  - 6.1 Bestellung eines Erbbaurechtes für das Grundstück der Integrativen Kindertagesstätte "Spielkiste" Frankenwall 24 f  
Vorlage: B 0031/2017
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

## Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitz

Niederschrift  
der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 30.05.2017  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 17:45 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:10 Uhr

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Herr Tino Rietesel

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Frau Brigitta Tornow

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Sabine Fielitz

Frau Gleichstellungsbeauftragte

Frau Anja Schmuck

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0061/2016
  - 4.2 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0038/2016

- 4.3 Bericht Seniorenbeirat und Vorstellung der neuen Beauftragten des Seniorenbeirates
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Dr. Stahlberg geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Dr. Stahlberg weist darauf hin, dass das Thema unter TOP 4.3 auf einer der nächsten Sitzungen vertagt wird.

Die vorliegende Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt..

Abstimmung: 7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2017**

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2017 wird bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten Einreicher. SPD-Fraktion Vorlage: AN 0061/2016**

Frau Dr. Stahlberg gibt einen Rückblick über das bisherige Verfahren zur Einführung eines Kinderbeauftragten in der Hansestadt Stralsund.

Sie gibt die Beratungsergebnisse der CDU/FDP-Fraktion wieder. Weiter äußert sie auch mögliche Alternativen wie den Familienbeauftragten. Durch den neuen Beauftragten könnte das Thema „Kinder und ihre Rechte in Stralsund“ weitreichender behandelt und fokussiert werden.

Frau Dr. Stahlberg ergänzt, dass der Name „Familienbeauftragter“ das Dasein des Kindes innerhalb der Familie unterstreicht und nicht das Kind als Einzelperson, denn Kinder sind nie allein im Alltag, sondern in der Obhut einer Familie.

Frau Tornow, welche Anregungen aus Sicht der SPD-Fraktion gibt, schildert die Situation aus anderen Städten. Als Beispiel nennt sie die Stadt Darmstadt.

Dort gibt es einen Kinderbeauftragten, welcher ebenso in Stralsund eingeführt werden könnte.

Frau Tornow berichtet von einem Telefonat mit diesem Kinderbeauftragten. Er sieht in der Stelle eine wichtige Aufgabe, wobei nicht die Familie, sondern die Rechte der Kinder im Vordergrund stehen. Sie ergänzt, dass es sich bei dem Beispiel aus Darmstadt um eine ehrenamtliche Tätigkeit mit Aufwandsentschädigung handelt.

Der dortige Kinderbeauftragte besitzt ein eigenes Büro, ist jedoch eine neutrale Person, ohne dem Jugendamt zugehörig zu sein. Somit kann er sich, unabhängig von Hierarchien, innerhalb der Verwaltung für Kinder und Familien einsetzen.

Frau Tornow berichtet, dass der Kinderbeauftragte als Verbindungsstelle zwischen Kindern und Politik gesehen werden kann. Sie geht auf alltägliche Beispiele wie Baustellen und deren Nutzen für die Bürger ein. Dort sollte der Fokus mehr auf Kinder und nicht nur auf Erwachsene gelegt werden.

Frau Tornow verdeutlicht, dass auf die Wahrnehmung und Bedürfnisse von Kindern mehr geachtet werden müsste.

Sie merkt an, dass die Stelle als Kinderbeauftragter eine Wichtigkeit für jede Stadt darstellt.

Frau Tornow verteilt eine Kopie zum Arbeitsspektrum des Kinderbeauftragten von Darmstadt.

Aus der Sicht von Frau Dr. Stahlberg sollte die Stelle durch eine Person besetzt werden, welche Lebenserfahrung besitzt, finanziell abgesichert ist und sich im Ruhestand befindet.

Frau Dr. Stahlberg hinterfragt, ob es sich bei dem Beispiel aus Darmstadt um den einzigen Kinderbeauftragten dort handelt. Sie betont, dass Darmstadt eine weitaus größere Stadt als Stralsund sei.

Frau Kindler, welche aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentiert, findet es ebenso lohnenswert, dass man in Stralsund eine solche Stelle in Zukunft besetzen möchte. Sie möchte darauf aufmerksam machen, dass sich die Hansestadt Stralsund stetig verjüngt. Neben dem Seniorenbeirat, welche sich um die Anliegen der Seniorinnen und Senioren in der Hansestadt Stralsund kümmert, würde ein Kinderbeauftragter angesichts der steigenden Anzahl an fehlenden Kita-Plätzen sehr hilfreich sein.

Frau Kindler verweist auf das Haushaltssicherungskonzept und auf die Schwierigkeit weiterer freiwilliger Aufgaben.

Sie würde die Verwaltung bitten zu prüfen, in wie weit man Räume für ehrenamtliche Tätigkeiten zur Verfügung stellen könnte.

Frau Kindler regt an, die Struktur an Räumlichkeiten in der Hansestadt Stralsund erst zu prüfen, bevor man einen Aufruf für derartige ehrenamtliche Tätigkeiten veranlasst. Dabei geht sie auch auf die Möglichkeit ein, Räumlichkeiten mit Frau Patzelt vom lokalen Bündnis für Familie möglicherweise zu teilen, um damit eine Kooperation zu unterstützen.

Herr Ihlo schildert, dass Kinder überall im Vordergrund stehen sollten.

Dabei geht er auf die kostenfreie Nutzung der Bibliothek und der Sporthallen ein. Herr Ihlo würde gerne erfahren, wie weit der aktuelle Stand zum Thema kinderfreundliches Stralsund ist.

Die Ansätze von Frau Tornow in Verbindung mit dem Zuständigen aus Darmstadt befürwortet er sehr.

Frau Quintana-Schmidt merkt an, dass die Probleme der Kinder vorrangig sein sollten, die nicht alles durch ihre Eltern ermöglicht bekommen.

Sie schließt sich Frau Kindler an und schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob man den Tätigkeitsbereich des Kinderbeauftragten innerhalb der Verwaltung integrieren kann.

Frau Tiede, berichtet, dass der Seniorenbeirat eine Zuwendung für eine Geschäftsstelle von der Stadt bekommt. Diese beträgt rund 3.100€, wobei jährlich 1.800€ für Miete anfallen. Frau Tiede greift das Thema der leerstehenden Räumlichkeiten z. B. im Bauamt auf. Aus ihrer Sicht sollte dort ein Kinderbeauftragter ein Büro und womöglich Unterstützung finden.

Frau Tiede gibt zu bedenken, ob nicht ein Psychologe für die Probleme der Kinder der richtige Ansprechpartner wäre.

Frau Dr. Stahlberg verweist auf das Projekt ‚Rettungsboot‘ von Frau Patzelt vom lokalen Bündnis für Familie. Neben ihrer Funktion als Chancenbeauftragte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagiert sie sich für das lokale Bündnis für Familie. Dort gibt es auch Schwierigkeiten bei den Räumlichkeiten und bei den finanziellen Mitteln.

Frau Dr. Stahlberg unterstützt das Gesagte von Frau Kindler und würde ebenso eine finanzielle Unterstützung für das lokale Bündnis für Familie begrüßen.

Frau Kindler betont, dass Stralsund immer jünger wird. Man sollte mehr auf die Belange der Kinder eingehen. Die Problematik mit Kinderspielplätzen könnte laut Ansicht von Frau Kindler in den Zuständigkeitsbereich des Kinderbeauftragten fallen.

Auf die Problematik mit den Räumlichkeiten antwortet Frau Friesenhahn, dass die KISS Räume zur Verfügung stellt. Diese bietet Sprechzeiten und stellt somit einen Ansprechpartner auch in Zeiten, in denen der Kinderbeauftragte nicht im Büro wäre.

Frau Quintana-Schmidt hat Bedenken, ob die Räume der KISS nicht zu klein für die Arbeit des Kinderbeauftragten sein könnten.

Frau Friesenhahn betont, dass die Räumlichkeiten der KISS überschaubarer wären, als die im Bauamt.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen und stellt einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. ob Räumlichkeiten geschaffen werden, wobei das lokale Bündnis für Familie mituntergebracht werden könnte.
2. ob es sich um eine haupt- oder ehrenamtliche Tätigkeit handeln wird.

Frau Dr. Stahlberg lässt über den Prüfauftrag abstimmen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen    0 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen

**zu 4.2    Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0038/2016**

Frau Schmuck, Migrations- und Integrationsbeauftragte der Hansestadt Stralsund, ist bei der Sitzung zu Gast.

Sie gibt einen Überblick über den aktuellen Stand bezüglich des Beitritts in die Städte-Koalition gegen Rassismus und den dazugehörigen 10-Punkte-Plan.

Dabei geht sie auch auf eine mögliche Erweiterung ihres Tätigkeitsbereichs ein.

Frau Schmuck erläutert, dass sie sich im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung bereit erklären würde, die Aufgabe der Städte-Koalition gegen Rassismus zu übernehmen. Sie merkt an, dass es noch ein Finanzierungsproblem gebe. Stralsund müsste einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 500 € plus Reisekosten entsprechend dem jeweiligen Reiseziel in den Haushalt einstellen.

Frau Schmuck betont, dass die Stadtverwaltung die Mitgliedschaft sehr befürwortet, da schon die 2 Partnerstädte Kiel und Malmö Mitglieder in der Koalition sind.

Frau Dr. Stahlberg hinterfragt, ob Frau Schmuck mit ihrem neuen Tätigkeitsbereich ausreichend Zeit für ihre eigentliche Aufgabe hat.

Frau Schmuck erläutert, dass das Erstellen und die Durchführung des 10-Punkte-Plans nicht allein in ihrem Tätigkeitsfeld liegen und sich dadurch Aufgaben diesbezüglich aufteilen lassen.

Frau Kindler verdeutlicht, dass das UNESCO-Emblem als Zeichen für dieses Programm steht. Sie erläutert, dass viele Menschen sich bereits im Ehrenamt gegen Rassismus engagieren, jedoch fehlt die entsprechende Koordinierung dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Sie freut sich über die positive Rückmeldung von Frau Schmuck.

Frau Schmuck führt aus, dass der kommunale Präventionsrat sowie das Regionalzentrum für demokratische Kultur als Ansprechpartner bzw. Kooperationspartner berücksichtigt werden können.

Aus ihrer Sicht ist der Beitritt in die Städte-Koalition ein wichtiger Standortfaktor für Stralsund.

Frau Tiede erkundigt sich, an wen Frau Schmuck die Arbeit für die Städte-Koalition delegieren wird.

Diese antwortet, dass die von ihr bereits genannten Kooperationspartner sowie die SWG mbH, die AWO und das Kreisdiakonische Werk mit ihr zusammen arbeiten werden.

Frau Tiede hinterfragt die Richtlinien für Unternehmen des Immobilienmarktes zur Bekämpfung der Diskriminierung beim Verkauf bzw. Vermieten von Wohnraum.

Sie informiert sich, ob bei Verstoß der Richtlinien Konsequenzen folgen würden.

Frau Schmuck entgegnet, dass sich keiner dazu verpflichtet, aber einige Wohnungsgenossenschaften freiwillig dazu bereit erklären, der Diskriminierung entgegen zu wirken.

Frau Kindler erinnert, dass sich die Unternehmen, welche sich freiwillig bereit erklärt haben, als solche melden werden.

Frau Dr. Stahlberg möchte darauf aufmerksam machen, dass es sich hierbei um keine Pflichtaufgabe handelt.

Frau Kindler weist darauf hin, dass die Hansestadt Stralsund von dem großen Bündnis profitieren wird.

Frau Friesenhahn dankt Frau Schmuck für ihre Einsatzbereitschaft.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen und stellt folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

Ist es möglich, die neuen Aufgaben bezüglich der Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) in das Stellenprofil von Frau Schmuck mit dem Budget von 500€ Mitgliedsbeitrag sowie den Reisekosten zu integrieren.

Frau Quintana Schmidt befürwortet, das geplante Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Frau Dr. Stahlberg fügt hinzu, dass eine Deckungsquelle zu benennen ist.

Frau Kindler merkt an, dass das erforderliche Budget laut Aussagen von Herrn Albrecht im Stellenprofil verankert sei.

Frau Dr. Stahlberg stellt den oben genannten Prüfauftrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 4.3 Bericht Seniorenbeirat und Vorstellung der neuen Beauftragten des Seniorenbeirates**

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 1 vertagt.

**zu 5 Verschiedenes**

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfallen die folgenden Tagesordnungspunkte.

gez. Dr. Annelore Stahlberg  
1. Stellv. Vorsitzende

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung



**Titel: Plastikmüll reduzieren - Hundekot besser entsorgen**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 28.03.2017
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welche Weise die Hundekotentsorgung in der Hansestadt unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer Kriterien realisierbar ist.

Insbesondere soll hierbei die Verminderung von Plastikabfällen in der Umwelt als Ziel verfolgt werden, beispielsweise durch eine Umstellung auf ein anderes System, welches Beutel verwendet, die ökologisch eine bessere Bilanz aufweisen als „normale“ Plastiktüten.

Die Ergebnisse sind den entsprechenden Ausschüssen der Bürgerschaft sowie den Fraktionen der Bürgerschaft zur Beratung vorzulegen.

Begründung:

Die Verwendung von Hundekotbeuteln aus Plastik, wie auch hier in der Hansestadt von vielen Hundehaltern und auch durch die Stadt selbst praktiziert, ist unter ökologischen Gesichtspunkten nicht optimal.

Neben der generellen Sinnhaftigkeit der Vermeidung von Plastikabfällen wird in diesem Kontext auch konkret die Reduktion von Verschmutzung der Gewässern durch z.B. achtlos weggeworfene Beutel als Ziel verfolgt.

# TOP Ö 4.4

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.8**

**Plastikmüll reduzieren - Hundekot besser entsorgen**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage: AN 0045/2017**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welche Weise die Hundekotentsorgung in der Hansestadt unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer Kriterien realisierbar ist.

Insbesondere soll hierbei die Verminderung von Plastikabfällen in der Umwelt als Ziel verfolgt werden, beispielsweise durch eine Umstellung auf ein anderes System, welches Beutel verwendet, die ökologisch eine bessere Bilanz aufweisen als „normale“ Plastiktüten.

Die Ergebnisse sind den entsprechenden Ausschüssen der Bürgerschaft sowie den Fraktionen der Bürgerschaft zur Beratung vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2017-VI-03-0583

Datum: 06.04.2017

Im Auftrag

Kuhn

# TOP Ö 4.4

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 06.04.2017**

### **Zu TOP : 9.8**

#### **Plastikmüll reduzieren - Hundekot besser entsorgen**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage: AN 0045/2017**

Herr von Bosse begründet den Antrag umfassend.

Er schlägt vor, „Öko Bags“ zur Verfügung zu stellen.

Herr Meier ist der Meinung, dass jeder Hundebesitzer selbst gefragt ist, sich um die Hinterlassenschaften seines Vierbeiners zu kümmern.

Herr Jungnickel fragt nach, wie hoch der Verbrauch der Tüten in den Spendern ist. Dazu informiert Herr Bogusch, dass es in Stralsund 26 Tütenspender gibt. Für 1.000 Tüten zahlt die Hansestadt Stralsund 7,60 €. Jährlich entstehen Kosten für die Beschaffung in Höhe von 4.250€

Bei der Umstellung auf andere Tüten ist mit einer Kostensteigerung um 5 bis 10% zu rechnen.

Herr Suhr teilt mit, dass laut Information auf der Internetseite des Umweltbundesamtes eine geringe Kostenspanne zwischen normalen und ökologischen Hundetüten zu verzeichnen sei. Er weist darauf hin, dass viele Hundebesitzer die Tüten z.B. an der Sundpromenade in die Umwelt und ins Wasser entsorgen. Daher erinnert er an die Klimaschutzmaßnahmen des Ozeaneums in Zusammenarbeit mit Greepeace. Es sollte umfassend zum Thema diskutiert werden.

Herr Bogusch sichert eine nochmalige Prüfung zu.

Herr Lastovka stellt den Antrag, diesen Antrag in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen.

Frau Fechner beantragt das Ende der Debatte.

Herr Paul lässt über den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung abstimmen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welche Weise die Hundekotentsorgung in der Hansestadt unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer Kriterien realisierbar ist.

Insbesondere soll hierbei die Verminderung von Plastikabfällen in der Umwelt als Ziel verfolgt werden, beispielsweise durch eine Umstellung auf ein anderes System, welches Beutel verwendet, die ökologisch eine bessere Bilanz aufweisen als „normale“ Plastiktüten.

Die Ergebnisse sind den entsprechenden Ausschüssen der Bürgerschaft sowie den Fraktionen der Bürgerschaft zur Beratung vorzulegen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-03-0583

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 13.04.2017

**Titel: Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**  
**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 16.06.2016
Einreicher: Bauschke, Stefan	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob städtische Flächen - insbesondere in absehbarer Zeit nicht genutzte Gewerbeflächen oder Teile davon - als Hundeplatz genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vorzulegen.

Begründung: Umzäunte Hundeplätze bieten Hundebesitzern die Möglichkeit, ihre Tiere eigenständig frei laufen zu lassen, ohne dabei andere zu belästigen oder zu gefährden.

Stefan Bauschke  
CDU/FDP-Fraktion

# TOP Ö 4.5

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.2**

**Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob städtische Flächen - insbesondere in absehbarer Zeit nicht genutzte Gewerbeflächen oder Teile davon - als Hundeplatz genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-05-0428

Datum: 07.07.2016

Im Auftrag

**gez. Kuhn**

# TOP Ö 4.5

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 07.07.2016**

**Zu TOP : 9.2**

**Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

Herr Bauschke verzichtet auf eine ausführliche Begründung des Antrages.

Herr Adomeit wird dem Antrag nicht zustimmen, da er das erforderliche Geld anderweitig einsetzen möchte.

Frau Fechner teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag befürwortet.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob städtische Flächen - insbesondere in absehbarer Zeit nicht genutzte Gewerbeflächen oder Teile davon - als Hundeplatz genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vorzulegen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2016-VI-05-0428

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 08.08.2016

# TOP Ö 4.5

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung  
am 08.12.2016**

**Zu TOP : 4.2**

**Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

Herr Lastovka regt an, den TOP auf die nächste Sitzung zu verschieben, um Herrn Bogusch die Möglichkeit zu geben, sich zum Verfahren zu äußern.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Abstimmungen: 7 Zustimmungen    0 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 05.01.2017



# TOP Ö 4.5

## **Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 17.11.2016**

### **Zu TOP : 4.1**

#### **Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

Gast: Herr Bogusch, Herr Tanschus

Herr Bogusch erklärt, dass eine geeignete Fläche in Knieper West gefunden wurde. Es ist außerdem der am dichtesten besiedelte Stadtteil mit der größten Anzahl von Hunden. Das Gelände befindet sich im Bereich der Arnold-Zweig-Straße. Direkt angrenzend befinden sich dort Kleingartensparten und ein Garagenkomplex. Die Wohnbebauung ist so gelegen, dass die Fläche über kurze Wege erreichbar ist.

Aus Sicht der Verwaltung sollte das Gelände eingezäunt werden, die Kosten dafür liegen bei ca. 8.000 € Hinzu kämen Kosten für Mülleimer und Hundetüten. Die Verwaltung verfügt über keinerlei Erfahrung mit solchen Flächen.

Herrn van Slooten interessiert, in wie weit sich die Stadt mit der Errichtung eines Zaunes in Haftung begibt. Herr Bogusch erklärt dazu, dass die Stadt eine Verkehrssicherungspflicht für den Zaun hat.

Herr Suhr erfragt, ob es richtig ist, dass wenn Anleinplicht im Stadtgebiet besteht, solche Plätze für Hunde vorgehalten werden müssen.

Herr Tanschus erklärt, dass eine Verordnung für Stralsund in Kraft getreten ist, die im Wesentlichen drei Punkte regelt.

1. Mitnahmeverbot von Hunden z. B. auf Spielplätze
2. Leinenzwang in der Altstadt, der Sundpromenade und der Brunnenau
3. Tüten mitzuführen, um die Hinterlassenschaften des Hundes beseitigen zu können

Wenn Leinenzwang im gesamten Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund vorgeschrieben wäre, müsste man Hundeplätze in entsprechender Entfernung zu allen Haushalten anbieten. Zu der jetzt geplanten Hundenauslauffläche ist die Stadt gesetzlich, auf Grund der Hundehalterverordnung, nicht verpflichtet.

Herr Bogusch macht klar, dass es bisher keine Erfahrungswerte gibt, welche laufenden Kosten der Hundeplatz verursachen wird. Es wurden bisher auch noch keine Gespräche mit anderen Kommunen geführt. Im ersten Schritt sollte es darum gehen, eine geeignete Fläche zu finden.

Herr van Slooten erkundigt sich, ob bisher Gespräche mit Anwohnern oder dem Kleingartenverein geführt wurden. Herr Bogusch teilt mit, dass es ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Kleingartenvereins gab, diese hat erstmal keine Bedenken geäußert.

Herr Gottschling gibt den Hinweis, dass in anderen Städten die Kosten für Hundetoiletten durch Sponsoring finanziert werden.

Auf die Nachfrage von Herrn van Slooten antwortet Herr Bogusch, dass es immer mal wieder Anfragen von Bürgern nach Hundenauslaufflächen gibt.

Auf die Frage von Herrn Prof. Dr. Eilsberger antwortet Herr Lewing, dass es in Hamburg solche Flächen gibt, die gut angenommen werden.

Herr Suhr spricht sich dafür aus, dass Thema noch einmal in die Fraktionen zu verweisen und bittet die Verwaltung um eine Aufstellung über die laufenden Kosten.

Herr Haack lässt über den Verweisungsantrag von Herrn Suhr abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Das Tema wird im Dezember erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 22.11.2016

# TOP Ö 4.5

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 09. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung  
am 20.10.2016**

**Zu TOP : 4.2**

**Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

Herr Bogusch teilt mit, dass eventuell eine Fläche in Knieper West für einen Hundeplatz in Frage kommt, allerdings möchte die Verwaltung noch Gespräche mit Anwohnern dazu führen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 04.11.2016

# TOP Ö 4.5

## **Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 08.11.2016**

**Zu TOP : 4.1**

**Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

*Frau Tiede nimmt wieder an der Beratung teil.*

Herr Bogusch erinnert an den Auftrag, einen Hundebereich zu schaffen. Es wurde nach passenden Flächen gesucht.

Letztlich wurde eine Fläche hinter der Arnold-Zweig-Straße gefunden. Mit der Kämmerei wurde Rücksprache bzgl. Zahlen aus der Hundesteuer gehalten, um auch eine Vielzahl von Hundehaltern zu erreichen.

Das Gespräch mit angrenzenden Kleingärtnern wurde geführt.

Die Größe der Fläche, die dann genutzt werden kann, beträgt 5,5 Tm<sup>2</sup>. Es ist vorgesehen, die Fläche einzuzäunen. Die Kosten dafür werden auf ca. 8T € geschätzt.

Herr Bogusch schlägt vor, an den Eingängen Hundetütenständer zur Verfügung zu stellen. Es müssten erst einmal Erfahrungen mit der Pflege gemacht werden, um dann mit möglichen anderen Maßnahmen zu starten.

Frau von Allwörden informiert aus Erfahrungen in anderen Städten, dass die Wertschätzung der Hundebesitzer sehr groß sei. Sie ist der Meinung, man sollte 2 Eingänge schaffen und mit Hinweisen zum Verhalten und Tütenspendern versehen.

Frau Kindler erfragt, ob mit der zur Verfügung Stellung eines Hundebereiches eine Untersagung in bestimmten Bereichen des Stadtgebietes für das Führen von Hunden ausgesprochen werden kann. Sie nennt das Beispiel des St. Jürgen Friedhofs, wo viele Hundebesitzer ihre Tiere ausführen.

Herr Bogusch macht deutlich, dass dies ein schwieriges Thema sei. Sein Kenntnisstand zum St. Jürgen Friedhof ist, dass dort Leinenzwang besteht.

Frau Kindler schlägt vor, 2 Wochen lang verstärkte Kontrollen durchführen, um das freie laufen lassen von Hunden einzudämmen.

Frau Ehlert ist der Meinung, dass hier eine gute Standortwahl getroffen wurde. Der Hundebereich sollte geschaffen werden um auch Erfahrungen zu sammeln, wie er angenommen wird.

Auf die Frage Frau Dr. Stahlberg stellt Herr Bogusch klar, dass noch keine konkreten Planungen durchgeführt wurden und somit auch noch kein Termin für eine mögliche Umsetzung genannt werden kann. Weiter macht er deutlich, dass für die Umzäunung eine Deckung im Haushalt gefunden werden muss.

Frau Ehlert schlägt vor, im Frühjahr mit dem Projekt zu starten.

Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen, den Hundeplatz wie vorgeschlagen hinter der Arnold-Zweig-Straße anzulegen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 18.11.2016

# TOP Ö 4.5

## **Auszug aus der Niederschrift über die 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 12.10.2016**

**Zu TOP : 4.2**

**Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0066/2016**

Frau Wilcke informiert, dass es einen Vorschlag für Knieper West gibt, da hier das Hundeaufkommen am höchsten ist.

Es ist jedoch noch eine Detailabstimmung mit einem angrenzenden Grundstücksnutzer erforderlich. Deshalb die bitte Frau Wilcke, die Angelegenheit nochmals auf nächste Tagesordnung zu setzen.

Herr Rietesel macht darauf aufmerksam, dass es in der Nähe von Knieper West genügend Möglichkeiten des Auslaufes für Hunde gibt, jedoch in der Innenstadt kaum etwas vorhanden ist.

Frau Kindler erfragt spezielle Bedingungen für einen ausgewiesenen Hundeplatz. Frau Wilcke bestätigt, dass sicher Anforderungen an einen derartigen Platz gestellt werden, bittet jedoch nochmals, diese Frage bei der Beratung in der nächsten Sitzung klären zu können.

Frau Dr. Stahlberg macht darauf aufmerksam, dass ggf. auch Gewerbeflächen in die Auswahl einbezogen werden sollte.

Abschließend erklärt Frau Dr. Stahlberg, dass die Angelegenheit nochmals Beratungsgegenstand der nächsten Sitzung am 08.11.2016 sein wird.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 08.11.2016